

Die Fragen stellte Laura-Theresa Krüger, Politikwissenschaftlerin, Doktorandin; Projektkoordinatorin des DAAD-Projekts „Tunesien im Wandel“ an der Universität Passau.

### **Laura-Theresa Krüger:**

*Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche kommt der tunesische Regierungschef Youssef Chahed nach Berlin. Trotz beeindruckender Erfolge auf dem Weg der Demokratisierung kämpft Tunesien mit schweren Problemen: Korruption, hoher Arbeitslosigkeit, und auch einer großen Anzahl junger Menschen, die sich radikalieren und dem IS anschließen. Wie können Partner wie Deutschland dazu beitragen, vor allem im tunesischen Hinterland die Perspektiven der jungen Menschen zu verbessern?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Ich freue mich auf den Besuch des tunesischen Ministerpräsidenten. Und wir werden natürlich über die Situation sprechen. Tunesien hat nach den politischen Umbrüchen 2011 sehr couragiert seinen Weg eingeschlagen und gilt deshalb auch als Hoffnungsprojekt bei dem, was man „Arabischen Frühling“ nennt. Und ich war sehr beeindruckt von dem Verfassungsgebungsprozess, der natürlich auch die Grundlage für das ist, was wir heute am politischen System finden. Dennoch sehen wir natürlich auch viele mühselige Schritte auf dem Weg zur Demokratie und auch durchaus politische Auseinandersetzungen. Deshalb ist eine stabile Regierung natürlich erst einmal die Voraussetzung dafür, dass die ganzen Maßnahmen, die Wirtschaftsreformen und das, was notwendig ist, auch umgesetzt werden kann. Wir wissen um die große Herausforderung der Jugendarbeitslosigkeit. Ich denke, das ist das zentrale Thema. Deshalb haben wir immer wieder versucht, mit den deutschen Firmen, die in Tunesien sind, gerade auch das Thema „Duale Berufsausbildung“ voranzubringen. Der Entwicklungsminister tut auch sehr viel im ländlichen Raum, um hier Arbeitsplätze zu bekommen. Und wir sind nicht die Einzigen – Deutschland engagiert sich, aber viele andere europäische Länder engagieren sich auch. Dennoch will ich sagen, es ist eine sehr, sehr große Aufgabe, an der wir intensiv weiter arbeiten müssen.

*Seit 2011 – Sie haben es gerade selbst gesagt – wird Tunesien gerne als Hoffnungsträger und Erfolgsmodell bezeichnet und auch intensiv von seinen internationalen Partnern unterstützt. 2015 jedoch fanden drei schwere Terroranschläge statt, die das Land und vor allem die Wirtschaft, die wesentlich auf Tourismus beruht, weiter zurückgeworfen haben. Wie hätte die internationale Gemeinschaft das Land anders oder mehr unterstützen müssen, um dem vorbeugen zu helfen?*

Wir wissen ja, dass die Herausforderung des islamistischen Terrorismus eine weltweite ist. Wir hatten deshalb auch die tunesische Regierung zu dem G7 Gipfel in Elmau mit eingeladen – den Präsidenten Essebsi. Und Tunesien stellt sich dieser Herausforderung sehr couragiert, finde ich. Wirtschaftliche Entwicklung ist wirklich wichtig, und wir haben ja auch ein umfangreiches EU-Programm, was diese wirtschaftliche Entwicklung flankiert. Wir als Bundesrepublik Deutschland haben zusätzlich auch eine Sicherheitspartnerschaft mit Tunesien aufgebaut. Der Bundesinnenminister war in Tunesien. Wir arbeiten zusammen, und das wird auch bei dem Besuch des Ministerpräsidenten eine zentrale Rolle einnehmen. Wir müssen Tunesien auch helfen, mit dieser terroristischen Gefahr fertig zu werden, weil natürlich

auch ein Wirtschaftszweig, der für Tunesien sehr wichtig ist – der Tourismus – extrem von der Sicherheitslage abhängt. Und deshalb werden wir diese Sicherheitspartnerschaft auch fortführen und die Gespräche dazu nächste Woche auch führen.

*Mit dem Arabischen Frühling ist der politische Islam, eine vormals oft unterdrückte Kraft, erneut auf die politische Bühne getreten. In Ägypten ist die Muslimbruderschaft seit dem Militärputsch 2013 erneut verboten. In Tunesien hingegen ist die islamisch-konservative Partei Ennahda, deren Anhänger sich selbst als ‚Muslimdemokraten‘ verstehen, seit einem Jahr wieder stärkste Fraktion im Parlament. Wie sehen Sie die bisherige und weitere Entwicklung des politischen Islams in Tunesien?*

Ich gehe davon aus – und wir werden jedenfalls immer wieder dafür werben –, dass jede politische Partei in Tunesien auf der Basis der gemeinsam verabschiedeten Verfassung arbeiten muss. Und das muss auch der Maßstab sein. Und deshalb verfolgen wir die Entwicklung natürlich, aber wir wissen auch, dass ja beide großen Parteien in der Regierung mitarbeiten. Und ich werde mich natürlich mit dem tunesischen Ministerpräsidenten auch darüber unterhalten, wie diese Zusammenarbeit funktioniert. Ich kann – wie gesagt – nur wiederholen: Die Verfassung bietet die Grundlage, auf der die politischen Parteien tätig sein können. Alles andere ist nicht möglich. Aber ich sehe in Tunesien im Augenblick die Entwicklung so, dass das auch der Fall ist. Das unterscheidet sich auch sehr klar von der Abfolge in Ägypten, und insofern würde ich die beiden Länder dahingehend auch nicht vergleichen.

*Die Bundesregierung will Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten einstufen; das entsprechende Gesetz ist derzeit im Bundesrat blockiert. Nach dem Attentat vom Berliner Breitscheidplatz stand zudem der Vorwurf im Raum, Tunesien habe die Abschiebung des späteren Attentäters Anis Amri verzögert. Gleichzeitig wird Tunesien oft genannt, wenn es darum geht, Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika einzurichten. Wie wirken sich diese aktuellen Sicherheits- und Migrationsdebatten auf die deutsch-tunesischen Beziehungen aus?*

Wir haben ja darüber gesprochen, dass Tunesien vor sehr großen Herausforderungen steht. Und natürlich werde ich mit dem Ministerpräsidenten auch über die Frage der Rückführungen sprechen. Denn die Anerkennungsquoten für bei uns ankommende tunesische Bürgerinnen und Bürger sind sehr gering. Deshalb werben wir im Bundesrat auch weiter dafür, dass die Anerkennung als sichere Herkunftsstaaten möglich wird: Weil wir dann schneller rechtliche Klarheit haben und die Betroffenen auch schneller rückführen können. Was immer ein Vorteil ist, weil dann, wenn erst einmal ein langer Aufenthalt in Deutschland da ist, die Rückführung eher schwieriger ist. Wir haben im Zusammenhang mit dem Attentäter Anis Amri Schwierigkeiten gehabt mit der Erstellung von Pass-Ersatzpapieren – sie waren sehr spät eingetroffen. Allerdings muss man auch sagen, dass die Identitäten von Amri sehr vielfältig waren, und insofern werden wir natürlich darüber sprechen, wie wir für die Zukunft sicherstellen können, dass schneller gearbeitet wird, insbesondere wenn es um Gefährder geht. Ich weiß aber, dass die tunesische Regierung hier auch eine sehr positive Einstellung hat, diese Zusammenarbeit zu verbessern. Ich habe darüber auch vor Weihnachten mit dem Präsidenten Essebsi gesprochen, und ich glaube, hier können wir sehen, dass sich die Zusammenarbeit mit Tunesien verbessern wird. Was die Frage von Auffanglagern angeht, so müssen wir das hier – im gegenseitigen Respekt voreinander – ruhig besprechen, welche Möglichkeiten da sind. Wir haben über

die Probleme Tunesiens gesprochen. Die Zahl der Flüchtlinge aus Afrika ist hoch, aber im Allgemeinen sehr viel höher noch aus anderen Ländern. Und insofern will ich den Gesprächen hier wirklich nicht vorgreifen.